

**L9****Abt. 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende  
 2 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im  
 3 Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Miss-  
 4 brauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuer-  
 5 gerechtigkeit herzustellen und die Belastung  
 6 gerechter zwischen großen Unternehmens-  
 7 vermögen und normalen Erb:innen zu vertei-  
 8 len.

9 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung,  
 10 der Bundestagsfraktion sowie in den entspre-  
 11 chenden Gremien werden aufgefordert, fol-  
 12 gende Maßnahmen umzusetzen

13

14 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der  
 15 Bedarfsprüfung ist nicht nur das Ver-  
 16 mögen der erwerbenden Person, son-  
 17 dern das gesamte Familienvermögen  
 18 (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte)  
 19 einzubeziehen.

20 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einfüh-  
 21 rung umfassender Transparenz über in-  
 22 und ausländisches Vermögen; bei un-  
 23 vollständigen oder falschen Angaben  
 24 greifen Sanktionen.

25 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass  
 26 nur bei nachweisbarer Gefahr der Insol-  
 27 venz oder Zerschlagung des Unterneh-  
 28 mens.

29 4. Mindestbesteuerung: Einführung  
 30 einer verpflichtenden Mindeststeuer,  
 31 um vollständige Steuerfreiheit  
 32 auszuschließen.

33 5. Unterscheidung nach Unternehmens-  
 34 gröÙe: Die Bedarfsprüfung soll aus-  
 35 schließlich für kleine und mittlere Be-  
 36 triebe gelten; Großkonzerne und Hol-  
 37 dingstrukturen sind auszuschließen.

38 6. Nachversteuerung bei Veräußerung:  
 39 Bei Verkauf oder Zerschlagung des  
 40 Betriebs innerhalb von zehn Jahren

Die SPD setzt sich für eine grundlegende  
 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im  
 Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Miss-  
 brauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuer-  
 gerechtigkeit herzustellen und die Belastung  
 gerechter zwischen großen Unternehmens-  
 vermögen und normalen Erb:innen zu vertei-  
 len.

Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung,  
 der Bundestagsfraktion sowie in den entspre-  
 chenden Gremien werden aufgefordert, fol-  
 gende Maßnahmen umzusetzen

1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der  
 Bedarfsprüfung ist nicht nur das Ver-  
 mögen der erbenden Person, sondern  
 das gesamte Familienvermögen (Ehe-  
 partner, Kinder, enge Verwandte) einzu-  
 beziehen.

2. Strenge Offenlegungspflichten: Einfüh-  
 rung umfassender Transparenz über in-  
 und ausländisches Vermögen; bei un-  
 vollständigen oder falschen Angaben  
 greifen Sanktionen.

3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass  
 nur bei nachweisbarer Gefahr der Insol-  
 venz oder Zerschlagung des Unterneh-  
 mens.

4. Mindestbesteuerung: Einführung  
 einer verpflichtenden Mindeststeuer,  
 um vollständige Steuerfreiheit  
 auszuschließen.

5. Unterscheidung nach Unternehmens-  
 gröÙe: Die Bedarfsprüfung soll aus-  
 schließlich für kleine und mittlere Be-  
 triebe gelten; Großkonzerne und Hol-  
 dingstrukturen sind auszuschließen.

6. Nachversteuerung bei Veräußerung:  
 Bei Verkauf oder Zerschlagung des  
 Betriebs innerhalb von zehn Jahren  
 nach Erbschaft oder Schenkung ist die

41 nach Erbschaft oder Schenkung ist die  
42 erlassene Steuer nachzuzahlen.  
43 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
44 der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
45 destag und Finanzausschuss.

46

#### 47 **Begründung**

48 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als  
49 Härtefallregelung eingeführt, um Familien-  
50 unternehmen im Erbfall vor dem Zwangs-  
51 verkauf zu schützen. In der Praxis zeigt sich  
52 jedoch, dass diese Regelung in erheblichem  
53 Umfang missbraucht wird:

- 54 • Wohlhabende Erb:innen können sich  
55 „arm rechnen“, indem sie ihr Privat-  
56 vermögen verschieben oder Unterneh-  
57 menswerte künstlich aufblähen.
- 58 • Große Unternehmensgruppen nutzen  
59 Holding-Konstruktionen, um Vermö-  
60 genswerte als Betriebsvermögen zu  
61 deklarieren.
- 62 • Der Staat verzichtet dadurch auf erheb-  
63 liche Steuereinnahmen, während klei-  
64 ne Erb:innen ohne Betriebsvermögen  
65 keine vergleichbaren Erleichterungen  
66 erhalten.

67 Das führt zu einer **ungleichen und unge-**  
68 **rechten** Steuerpraxis, die Vermögenskonzen-  
69 tration verstärkt und das Vertrauen in die  
70 Steuergerechtigkeit schwächt. Ausgerechnet  
71 die größten Unternehmensvermögen profi-  
72 tieren, während Normalbürger:innen die vol-  
73 le Steuerlast tragen.

74 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und so-  
75 zialen Zusammenhalt. Mit den vorgeschla-  
76 gen Reformen wird die Verschonungsbe-  
77 darfsprüfung wieder auf ihren ursprüngli-  
78 chen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter  
79 Familienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch  
80 durch aggressive Steuervermeidung wird ver-  
81 hindert, die Gleichbehandlung aller Erb:in-  
82 nen gestärkt und die Finanzierung des Ge-  
83 meinwesens gesichert.

erlassene Steuer nachzuzahlen.

7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
destag und Finanzausschuss.